



RECHTSANWALTSKAMMER KÖLN

Zwischenprüfung
für Rechtsanwaltsfachangestellte
Frühjahr 2018

Name:	
Vorname:	
Kenn-Nr.:	
Berufsschule:	
Datum:	14.03.2018
Prüfungsfach:	Rechtsanwendung
Bearbeitungszeit:	60 Minuten
Zugelassene Hilfsmittel:	<ul style="list-style-type: none">- Gesetzessammlung „Schönfelder“,- Aktuelle Gesetzestexte ohne Erläuterung und Kommentierungen,- Taschenrechner,- Gebührentabellen ohne Ausweis von Auslagenpauschalen und Umsatzsteuer,- Kalender

Erstkorrektur		Zweitkorrektur	
	Punkte		Punkte
	Datum		Datum
	Name, Unterschrift		Name, Unterschrift

Aufgabe 1**5 P**

Welche Aussagen zum Berufsausbildungsvertrag sind richtig, welche falsch?

Kreuzen Sie an!

Aussage	richtig	falsch
Die Probezeit darf höchstens sechs Monate betragen.		
Bei Berufswechsel nach der Probezeit kann der Ausbildungsvertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Wochen gekündigt werden.		
Ein mündlich geschlossener Ausbildungsvertrag ist wirksam.		
Die Abschlussprüfung kann bei Nichtbestehen drei Mal wiederholt werden.		
Das Ausbildungsverhältnis kann von Seiten des Ausbilders gekündigt werden, wenn er mit den Leistungen der Auszubildenden nicht zufrieden ist.		

Aufgabe 2**5 P**

Seitdem die 17-jährige Elena Merkl die Ausbildung bei einem Rechtsanwalt begonnen hat, ist sie der Meinung, alle Rechtsgeschäfte wirksam abschließen zu können.

Kennzeichnen Sie die unten stehenden Aussagen zur Geschäftsfähigkeit mit einer

1	, wenn sie richtig sind,
9	, wenn sie falsch sind!

Aussagen:

Elena darf ohne Zustimmung ihrer Eltern einen Jahresvertrag über die Nutzung des Fitnessstudios abschließen.	
Elena kann im Rahmen ihres Taschengeldes Kaufverträge wirksam abschließen.	
Elena kann das Ausbildungsverhältnis ohne Zustimmung ihrer Eltern kündigen, wenn sie auf eine weiterführende Schule wechseln will.	
Elena ist seit Vollendung ihres 6. Lebensjahres beschränkt geschäftsfähig.	
Rechtsgeschäfte, die Elena ohne Einwilligung ihrer Eltern abschließt, sind grundsätzlich nichtig.	

Aufgabe 3**5 P**

Prüfen Sie die Wirksamkeit folgender Rechtsgeschäfte.

Liegt Nichtigkeit vor, tragen Sie (0),
 bei Anfechtbarkeit (1),
 bei schwebender Unwirksamkeit (2),
 bei Wirksamkeit (3) in das Antwortkästchen ein.

a) Ein Vertrag verstößt gegen ein gesetzliches Verbot.	
b) Ein Vertrag wurde unter Ausnutzung der Notlage einer Person abgeschlossen und Leistung und Gegenleistung stehen in einem auffälligen Missverhältnis.	
c) Ein beschränkt Geschäftsfähiger schließt mit Einwilligung seiner Eltern einen Vertrag ab.	
d) Ein Vertragspartner hat sich über den Inhalt seiner Erklärung geirrt.	
e) Ein Rechtsgeschäft entspricht nicht der gesetzlich vorgeschriebenen Form.	

Aufgabe 4**8 P**

Geben Sie in den nachfolgenden Fällen jeweils die **Vertragsart** und die **Art der Formvorschrift (bzw. keine Formvorschrift)** an:

- a) Eine Rechtsanwaltsfachangestellte stellt ihrem Freund unentgeltlich ihren Pkw zur Verfügung.

Vertragsart:	
Formvorschrift:	

- b) Die Bundesrepublik Deutschland verkauft ein ihr gehörendes nicht mehr genutztes Kasernengelände an das Land Nordrhein-Westfalen zu einem Preis von 1,00 €

Vertragsart:	
Formvorschrift:	

- c) Herr Schmitz borgt bei seinem Nachbarn 5 Liter Benzin aus dessen Reservekanister. Anderntags füllt er den Kanister an der Tankstelle mit der gleichen Menge wieder auf.

Vertragsart:	
Formvorschrift:	

- d) Hans Müller (Privatperson) bürgt für seine Tochter (Privatperson) bei der Bank, da sie ein Darlehen über 20.000,00 € aufnehmen will.

Vertragsart:	
Formvorschrift:	

Aufgabe 5**10 P**

Bei der Überwachung der Zahlungseingänge seiner Mandanten muss Rechtsanwalt Dr. Fuchs beachten, dass die Forderungen nicht verjähren.

Sind die folgenden Aussagen zur Verjährung richtig oder falsch?

	richtig	falsch
Verjährung bedeutet, dass Herr Dr. Fuchs nach Ablauf der Frist seinen Anspruch auf Zahlung gegenüber einem Mandanten, der sich auf die Verjährung beruft, nicht mehr gerichtlich durchsetzen kann.		
Schadensersatzansprüche verjähren grundsätzlich nach 10 Jahren.		
Die regelmäßige Verjährung beträgt 3 Jahre.		
Durch Zugang einer gewöhnlichen schriftlichen Mahnung beginnt die Verjährung neu.		
Zahlt ein Mandant seine Rechnung, obwohl die Forderung bereits verjährt war, so kann er den gezahlten Betrag von RA Dr. Fuchs zurückfordern.		
Nur Zahlungsansprüche unterliegen der Verjährung		
Rechtskräftig festgestellte Ansprüche verjähren nach 10 Jahren		
Durch Erhebung einer Zahlungsklage wird die Verjährung gehemmt		
Durch Beauftragung des Gerichtsvollziehers beginnt die Verjährung neu		
Durch eine Abschlagszahlung des Schuldners wird die Verjährung gehemmt		

Aufgabe 6**4 P**

Beurteilen Sie, ob die folgenden Behauptungen zu den Regelungen des Schuldnerverzuges richtig oder falsch sind. Kreuzen Sie an!

Behauptung	richtig	falsch
Ein Schuldner kommt ohne Mahnung des Gläubigers in Verzug, wenn die Leistungszeit nach dem Kalender bestimmt ist.		
Die 30-Tage-Regelung gilt nur gegenüber einem Schuldner, der Verbraucher ist.		
Der Verzugszinssatz bei Rechtsgeschäften zwischen Unternehmern beträgt acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz		
Höhere Zinsen kann der Gläubiger unter keinen Umständen verlangen		

Aufgabe 7**7 P**

a)

Die Auszubildende Christina Zell erwirbt im Computergeschäft Bitfit ein neues Notebook. Da es sich um ein Sonderangebot handelt, verkürzt der Händler die Verjährung der Mangelansprüche auf ein Jahr.

Ist er dazu berechtigt?

Lösung:

b)

Nach drei Monaten stellt sie einen gravierenden Mangel (das Display bleibt dunkel) am neuen Notebook fest und will diesen beim Verkäufer reklamieren. Sie ist sich nicht sicher, ob sie dabei beweisen muss, dass sie den Mangel nicht verschuldet hat.

Erläutern Sie in diesem Zusammenhang den Begriff der Beweislastumkehr mit der Nennung des Geltungszeitraums.

Lösung:

--

Aufgabe 8**4 P**

Erläutern Sie den Unterschied zwischen einer Handelsregistereintragung mit deklaratorischer (rechtsbekundender) und einer Eintragung mit konstitutiver (rechtserzeugender) Wirkung und geben Sie jeweils ein Beispiel an!

Aufgabe 9**8 P**

In der Lebensmittelgroßhandlung „Supra-GmbH – Köln“ wurde der Mitarbeiter Jean Lütz zum Prokuristen bestellt. Ist er zur Vornahme folgender Geschäfte bzw. Rechtshandlungen berechtigt?

Geschäft/Rechtshandlung	Ja/Nein
Aufnahme eines Darlehens über 100.000 €	
Entlassung des Verkaufsleiters	
Kauf eines Grundstücks im Wert von 250.000 €	
Belastung eines Grundstücks mit einer Grundschuld in Höhe von 50.000,00 €	
Einstellung eines Lagerarbeiters	
Unterzeichnung der Jahresbilanz	
Kauf von 500 Flaschen Moselwein	
Anmeldung zur Eintragung eines neuen Gesellschafters beim zuständigen Handelsregister	

Aufgabe 10**15 P**

a) Sind die folgenden Aussagen über die **OHG** richtig oder falsch? Kreuzen Sie an!

	richtig	falsch
Eine OHG ist eine Personengesellschaft.		
Sie wird in Abteilung B des Handelsregisters eingetragen.		
Sie muss von mindestens zwei Personen gegründet werden.		
Die Vertretungsmacht einzelner Gesellschafter kann durch Vereinbarung im Gesellschaftsvertrag auf bestimmte Bereiche wirksam beschränkt werden.		
Schließt ein Gesellschafter einer OHG, der lt. Gesellschaftsvertrag nur für das Finanzwesen zuständig ist, einen Arbeitsvertrag, so ist dieser Vertrag bis zur Genehmigung durch den zuständigen Gesellschafter schwebend unwirksam.		

b) Sind die folgenden Aussagen über die **GmbH** richtig oder falsch? Kreuzen Sie an!

	richtig	falsch
Eine GmbH ist eine juristische Person.		
Sie entsteht erst mit Beginn der Geschäftstätigkeit.		
Sie muss von mindestens zwei Personen gegründet werden.		
Die Satzung muss notariell beurkundet werden.		
Der oder die Geschäftsführer müssen nicht Gesellschafter der GmbH sein.		

c) Sind die folgenden Aussagen über die **KG** richtig oder falsch? Kreuzen Sie an!

	richtig	falsch
Eine KG ist eine Kapitalgesellschaft.		
Sie wird in Abteilung B des Handelsregisters eingetragen.		
Sie hat mindestens einen persönlich haftenden Gesellschafter.		
Ein Kommanditist ist nicht vertretungsberechtigt.		
Bei einer GmbH & Co. KG ist der Kommanditist eine GmbH.		

Aufgabe 11**7 P**

Erläutern Sie, wofür die folgenden Abkürzungen stehen und ordnen sie diese einer Kategorie zu.

Kategorien: „1“ Gesetz
 „2“ Verordnung
 „3“ Gericht
 „4“ Literatur

Abkürzung	Kategorie	Ausführliche Bezeichnung
SozG		
WEG		
MDR		
JGG		
LAG		
EGBGB		
StVZO		

Aufgabe 12**3 P**

Beschreiben Sie, welche Aufgaben ein Kommentar zu einem Gesetzestext hat (Beispiel: Palandt-Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch). Nennen Sie drei Aufgaben:

1.

2.

3.

Aufgabe 13**12 P**

Geben Sie zwölf Elemente an, die ein anwaltliches Mahnschreiben über einen Geldbetrag an einen bereits im Verzug befindlichen Schuldner enthalten soll:

1.

2.

3.

4.

5.

6.

7.

8.

9.

10.

11.

12.

Aufgabe 14**7 P**

Welches Gericht ist sachlich zuständig?
 (Kreuzen Sie die zutreffenden Antworten bitte an.)

	AG	LG	OLG	BGH
Unterhaltsforderung gegen Kindesvater 8.200,00 €				
Berufung gegen Urteil des Landgerichts				
Mahnbescheid Rechtsanwaltsvergütung 5.950,00 €				
Revision gegen Urteil des Oberlandesgerichts				
Schmerzensgeld (Verkehrsunfall) 7.000,00 €				
Werklohnforderung eines Schreiner 519,14 € gegen einen Verbraucher				
Beschwerde gegen Scheidungsbeschluss des Familiengerichts				